

# Von der Staatsministerin nicht viel Neues

RNZ 1.6.2016

*Maria Böhmer sprach bei der Bürgerstiftung über Flüchtlinge und Integration – Zivilgesellschaftliches Handeln ist „unersetzbar“*

Von Birgit Sommer

Es war der siebte Jahresempfang der noch jungen „Bürgerstiftung Heidelberg“, und wie jedes Mal wollte die Stiftung Themen ansprechen und Ideen anstoßen, die von grundlegender Bedeutung für Heidelberg sind, wie der Vorsitzende, Dr. Steffen Sigmund, bei der Begrüßung erklärte. Diesmal also war es das Thema „Bürgergesellschaft und Integration von Flüchtlingen“.

Die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Prof. Maria Böhmer – von 2005 bis 2013 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration –, schien hier als Referentin ideal. Doch leider hatte sie nichts im Gepäck, was jemand, der ausführlich Zeitung liest, nicht sowieso wusste. Sprache und Bildung sind der Schlüssel zur Integration? Aber ja doch! Wir müssen vermitteln, welche Werte in unserer Gesellschaft essenziell und nicht verhandelbar sind? Gewiss. Böhmer erläuterte das vom Bundeskabinett soeben verabschiedete Integrationsgesetz, das Sprach- und Wertevermittlung ausbauen, das Rechtssicherheit für Ausbildungsbetriebe und Auszubildende schaffen will und den Zugang der Flüchtlinge zum Arbeitsmarkt erleichtern soll. Sie verteidigte auch die



Beim Jahresempfang der Bürgerstiftung Heidelberg sprach Staatsministerin Maria Böhmer über Integration. Foto: Rothe

Wohnsitzzuweisung, die schon in den neunziger Jahren bei den Spätaussiedlern galt, die die Ghettoisierung vermeiden soll und von der sie sich verspricht, dass man sich in kleinen Gemeinden viel besser um neue Mitbürger kümmert. Der Bund plane ein Gesetz, demzufolge Flüchtlinge schon nach fünf Jahren eine Niederlassungserlaubnis bekommen können, wenn sie Deutsch sprechen und eine Arbeit haben, berichtete sie.

Aus Reisen zu Flüchtlingslagern in der Türkei und in Jordanien weiß die Staats-

ministerin, dass viele syrische Flüchtlinge zurück in die Heimat wollen. Auch in Deutschland müsse man die Rückkehrperspektive im Blick haben, meinte sie, und die Flüchtlinge hier für die Aufbauarbeit in deren zerstörten Ländern qualifizieren. Sie berichtete von einem Leadership-Programm für Syrer und dem Ausbildungsangebot des Technischen Hilfswerkes für Flüchtlinge.

Stiftungen sah Maria Böhmer in einer besonderen Rolle, was Integration angeht: „Sie sind wie Schnellboote und können viel unkonventioneller als Staaten und große Verbände reagieren.“ Zivilgesellschaftliches Handeln nannte sie „geradezu unersetzbar“. Integration könne nicht allein vom Staat gestaltet werden.

Die Zuhörer hatten natürlich einige Fragen an die Staatssekretärin. Geht die Integration auf Kosten der Entwicklungshilfe? Man müsse die betroffenen Länder stärker in die Lage versetzen, Steuereinnahmen zu generieren, Kor-

ruption zu bekämpfen und ihnen Zugang zu Krediten ermöglichen und die Entwicklungshilfegelder auf Länder konzentrieren, die konkrete Hilfe brauchten, erklärte Böhmer.

Dass Sport und Vereinsleben ein Integrationsmotor sein können, darin waren sich alle einig. Beim Sportkreis weiß man jedoch, dass es oft am Geld scheitert, wenn Flüchtlinge in einen Verein eintreten wollen. Ein Thema unter den Zuhörern waren auch die vielen jungen Männer, die nicht aus Kriegsgebieten und ohne Informationen, was sie in Deutschland erwartet, kommen, die keine Bleibeperspektive haben, nicht einmal die Grundrechenarten beherrschen und möglicherweise gar nicht abgeschoben werden können, weil ihre Länder sie nicht zurücknehmen. „Ein großes Thema für die nächste Legislaturperiode“, kündigte Maria Böhmer an: „Wer kann nach Deutschland kommen und wer nicht?“

Die Bürgerstiftung Heidelberg bekam sicher einige Anregungen. Sie war bisher aber auch nicht untätig: Sie sammelte Bücher für ein Bücherregal im Registrierzentrum Patrick Henry Village, sie förderte ein Patenschaftsprogramm für Flüchtlingskinder in Vorbereitungsklassen, und sie unterstützte einen Deutschkurs für Migrantinnen.